

Verordnung über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung

vom 27. April 1998 (Stand 30. September 2016)

Der Kantonsrat des Kantons Appenzell A.Rh.,

gestützt auf Art. 41 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1989 über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih¹⁾, auf Art. 113 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung²⁾ und Art. 74 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Appenzell A.Rh.³⁾,

verordnet:

I. Allgemeines

(1.)

Art. 1 Gegenstand

¹ Diese Verordnung vollzieht die Bundesgesetzgebung in den Bereichen Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Art. 2 Regierungsrat

¹ Der Regierungsrat übt die Oberaufsicht über den Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung aus.

¹⁾ AVG (SR [823.11](#))

²⁾ AVIG (SR [837.0](#))

³⁾ KV (bGS [111.1](#))

* vgl. Änderungstabelle am Schluss des Erlasses

Art. 3 Departement Bau und Volkswirtschaft *

¹ Das Departement Bau und Volkswirtschaft übt die unmittelbare Aufsicht über den Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung aus. *

² Es leitet und koordiniert die Massnahmen, die zur Verbesserung des Arbeitsmarktes getroffen werden.

Art. 4 Vollzugsorgane

¹ Vollzugsorgane im Bereiche der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung sind

- a) * auf kantonomaler Ebene das Amt für Wirtschaft und Arbeit, die kantonomale Amtsstelle der Arbeitslosenversicherung, das regionale Arbeitsvermittlungszentrum, die Arbeitslosenkasse und die tripartite Kommission sowie
- b) auf kommunaler Ebene die Gemeindearbeitsämter.

II. Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

(2.)

Art. 5 Bewilligungsverfahren

¹ Gesuche um Erteilung einer Betriebsbewilligung für die private Arbeitsvermittlung und den privaten Personalverleih sind von der Gesuchstellerin oder vom Gesuchsteller schriftlich dem Amt für Wirtschaft und Arbeit einzureichen. *

² Es entscheidet über die Erteilung, den Entzug und die Aufhebung der Bewilligung. Es kann die Bewilligungen unter Auflagen und Bedingungen erteilen.

Art. 6 Kauton und Bewilligungsgebühr

¹ Ist eine Kauton erforderlich, ist sie beim Amt für Wirtschaft und Arbeit zu hinterlegen. *

² Das Amt für Wirtschaft und Arbeit setzt die Bewilligungsgebühr und die Kauton nach Massgabe der Gebührenverordnung zum Arbeitsvermittlungsgesetz⁴⁾ fest. *

⁴⁾ SR [823.113](#)

III. Öffentliche Arbeitsvermittlung

(3.)

Art. 7 Zweck

¹ Die öffentliche Arbeitsvermittlung bezweckt eine dauerhafte Wiedereingliederung der Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt sowie eine rasche Besetzung von offenen Stellen.

Art. 8 Organe der öffentlichen Arbeitsvermittlung

¹ Die Organe der öffentlichen Arbeitsvermittlung vollziehen die ihnen von der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung zugewiesenen Aufgaben, insbesondere in den Bereichen Vermittlung, Beratung und Kontrolle.

² Organe der öffentlichen Arbeitsvermittlung sind:

- a) das regionale Arbeitsvermittlungszentrum;
- b) * die kantonale Amtsstelle der Arbeitslosenversicherung;
- c) die Gemeindearbeitsämter;
- d) die tripartite Kommission.

Art. 9 Regionales Arbeitsvermittlungszentrum

¹ Das regionale Arbeitsvermittlungszentrum steht den Stellensuchenden und Arbeitslosen sowie jenen Unternehmen, welche Personal suchen, zur Verfügung. Es berät die Stellensuchenden, gewährleistet den ständigen Kontakt mit den Arbeitgebern und sorgt für eine wirksame Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen, insbesondere den privaten Stellenvermittlern (Art. 119c der Arbeitslosenversicherungsverordnung⁵⁾.

² Ihm obliegen namentlich die folgenden Aufgaben:

- a) Beratung, Arbeitsvermittlung und Abklärung der Wiedereinstiegsmöglichkeiten (Art. 85 Abs. 1 lit. a AVIG),
- b) Bereitstellung und Durchführung der arbeitsmarktlichen Massnahmen (Art. 59–75 AVIG),
- c) Durchführung der Kontrollvorschriften des Bundes (Art. 85 Abs. 1 lit. f AVIG), insbesondere Vornahme der Beratungs- und Kontrollgespräche (Art. 21 AVIG),

⁵⁾ AVIV (SR [837.02](#))

- d) * Erlass von Verfügungen gemäss Art. 30 Abs. 2 AVIG,
- e) Entscheid über die Zumutbarkeit einer Arbeit, Zuweisung zumutbarer Arbeit und Erteilung von Weisungen (Art. 85 Abs. 1 lit. c und Art. 16 AVIG),
- f) * ...
- g) Zuweisung zu einer Fachberatung im Sinne von Art. 17 Abs. 5 AVIG,
- h) * ...
- i) * öffentliche Arbeitsvermittlung nach Art. 24–29 AVG.

Art. 10 Kantonale Amtsstelle *

¹ Die kantonale Amtsstelle der Arbeitslosenversicherung vollzieht die Bestimmungen über die Kurzarbeits-, Schlechtwetter- und Insolvenzenschädigung (Art. 31–58 AVIG). *

² Ihr obliegen ferner alle Aufgaben, welche gemäss AVIG und AVIV⁶⁾ der kantonalen Amtsstelle zugewiesen sind und nicht gemäss Art. 9 dem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum übertragen werden. *

Art. 11 Gemeindearbeitsamt

¹ Jede Gemeinde führt auf ihre Kosten ein Gemeindearbeitsamt.

² Das Gemeindearbeitsamt ist zuständig für die Anmeldung zur Arbeitsvermittlung von Arbeitslosen im Sinne von Art. 17 Abs. 2 AVIG und Art. 19 AVIV⁷⁾. Es informiert die Arbeitslosen über das weitere Vorgehen und ihre wichtigsten Pflichten.

³ Es teilt dem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum alle Tatsachen mit, welche für die Beurteilung der Anspruchsberechtigung erheblich sind.

⁴ Das regionale Arbeitsvermittlungszentrum, die kantonale Amtsstelle der Arbeitslosenversicherung sowie die kantonale Arbeitslosenkasse sorgen für eine regelmässige und ausreichende Information der Gemeindearbeitsämter. Sie können Weisungen und Richtlinien erlassen, soweit sie für den Vollzug des Bundesrechts nötig sind. *

⁵ Das regionale Arbeitsvermittlungszentrum übt die fachliche Aufsicht über die Gemeindearbeitsämter aus.

⁶⁾ SR [837.02](#)

⁷⁾ SR [837.02](#)

Art. 12 Tripartite Kommission

¹ Die tripartite Kommission berät das regionale Arbeitsvermittlungszentrum und erteilt die Zustimmung gemäss Art. 16 Abs. 2 lit. i AVIG.

² Der Regierungsrat wählt die tripartite Kommission gemäss den Vorgaben des Bundes⁸⁾ und erlässt für sie ein Geschäftsreglement⁹⁾.

Art. 13 Kosten

¹ Die nach Abzug der Bundesbeiträge und Leistungen Dritter verbleibenden Kosten für die arbeitsmarktlichen Massnahmen sowie den Betrieb des regionalen Arbeitsvermittlungszentrums gehen zulasten des Kantons.

IV. Arbeitslosenversicherung

(4.)

Art. 14 Öffentliche Arbeitslosenkasse

¹ Der Kanton führt eine öffentliche Arbeitslosenkasse im Sinne von Art. 77 AVIG. Sie trägt die Bezeichnung «Kantonale Arbeitslosenkasse Ausserrhoden».

² Der Regierungsrat ordnet die Einzelheiten in einem Kassenreglement gemäss Art. 79 Abs. 1 AVIG.

Art. 15 Entschädigungsanspruch an Feiertagen

¹ Als weitere Feiertage im Sinne von Art. 19 AVIG¹⁰⁾ gelten: Karfreitag, Ostermontag, Pfingstmontag, 1. August sowie Stephanstag, falls der 1. Weihnachtstag nicht auf einen Montag fällt¹¹⁾.

⁸⁾ vgl. Art. 85 c AVIG (SR [837.0](#)) und Art. 119b AVIV (SR [837.02](#))

⁹⁾ bGS [834.11](#)

¹⁰⁾ Gegenstandslos geworden durch Änderung des AVIG vom 22. März 2002 (AS 2003 1728)

¹¹⁾ Vgl. Art. 7 der V zum Bundesgesetz vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (bGS [822.11](#))

V. Schlussbestimmungen

(5.)

Art. 16 Anpassung an veränderte Voraussetzungen

¹ Der Regierungsrat ist ermächtigt,

- a) die Bestimmungen dieser Verordnung allfälligen Revisionen des Bundesrechts anzupassen und
- b) die Aufgabenteilung zwischen den einzelnen Vollzugsorganen neu vorzunehmen, falls dies sachlich zweckmässig und zeitlich dringlich ist.

Art. 17 Rechtspflege

¹ Entscheide des Amtes für Wirtschaft und Arbeit gemäss Art. 5 und 6 können innert 20 Tagen beim Departement Bau und Volkswirtschaft mittels Beschwerde angefochten werden (Art. 38 Abs. 3 AVG). *

² Gegen Verfügungen der kantonalen Amtsstelle der Arbeitslosenversicherung und der kantonalen Arbeitslosenkasse kann innerhalb von 30 Tagen bei der verfügenden Stelle Einsprache erhoben werden. Gegen Verfügungen des regionalen Arbeitsvermittlungszentrums kann innerhalb von 30 Tagen bei der kantonalen Amtsstelle der Arbeitslosenversicherung Einsprache erhoben werden. Davon ausgenommen sind prozess- und verfahrensleitende Verfügungen. *

³ Gegen Einspracheentscheide gemäss Abs. 1 und 2 oder Verfügungen, gegen welche eine Einsprache ausgeschlossen ist, kann innerhalb von 30 Tagen Beschwerde beim Obergericht erhoben werden. *

Art. 18 Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung werden aufgehoben:

- 1. Die Verordnung vom 29. Mai 1952 zum Bundesgesetz vom 22. Juni 1951 über die Arbeitsvermittlung¹²⁾,
- 2. die Einführungsverordnung vom 11. März 1985 zum Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung¹³⁾.

¹²⁾bGS 824.11 (aGS II/153)

¹³⁾bGS 834.1 (If. Nr. 170) mit Änderung vom 24. Oktober 1994 (If. Nr. 536)

Art. 19 Genehmigung und Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung bedarf der Genehmigung des Bundes¹⁴⁾.

² Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten¹⁵⁾.

¹⁴⁾vgl. Art. 113 Abs. 1 AVIG; vom Eidg. Volkswirtschaftsdepartement genehmigt am 22. Oktober 1998

¹⁵⁾1. Januar 1999 (RRB vom 17. November 1998)

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
29.10.2002	01.01.2003	Art. 17 Abs. 2	geändert	809 / 2002, S. 1223
29.10.2002	01.01.2003	Art. 17 Abs. 3	geändert	809 / 2002, S. 1223
11.05.2015	01.01.2016	Art. 3	Titel geändert	1287 / 2015, S. 588
11.05.2015	01.01.2016	Art. 3 Abs. 1	geändert	1287 / 2015, S. 588
26.09.2016	30.09.2016	Art. 4 Abs. 1, a)	geändert	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 5 Abs. 1	geändert	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 6 Abs. 1	geändert	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 6 Abs. 2	geändert	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 8 Abs. 2, b)	geändert	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 9 Abs. 2, d)	geändert	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 9 Abs. 2, f)	aufgehoben	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 9 Abs. 2, h)	aufgehoben	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 9 Abs. 2, i)	eingefügt	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 10	Titel geändert	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 10 Abs. 1	geändert	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 10 Abs. 2	geändert	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 11 Abs. 4	geändert	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 17 Abs. 1	geändert	1316 / 2016, S. 1296
26.09.2016	30.09.2016	Art. 17 Abs. 2	geändert	1316 / 2016, S. 1296

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
Art. 3	11.05.2015	01.01.2016	Titel geändert	1287 / 2015, S. 588
Art. 3 Abs. 1	11.05.2015	01.01.2016	geändert	1287 / 2015, S. 588
Art. 4 Abs. 1, a)	26.09.2016	30.09.2016	geändert	1316 / 2016, S. 1296
Art. 5 Abs. 1	26.09.2016	30.09.2016	geändert	1316 / 2016, S. 1296
Art. 6 Abs. 1	26.09.2016	30.09.2016	geändert	1316 / 2016, S. 1296
Art. 6 Abs. 2	26.09.2016	30.09.2016	geändert	1316 / 2016, S. 1296
Art. 8 Abs. 2, b)	26.09.2016	30.09.2016	geändert	1316 / 2016, S. 1296
Art. 9 Abs. 2, d)	26.09.2016	30.09.2016	geändert	1316 / 2016, S. 1296
Art. 9 Abs. 2, f)	26.09.2016	30.09.2016	aufgehoben	1316 / 2016, S. 1296
Art. 9 Abs. 2, h)	26.09.2016	30.09.2016	aufgehoben	1316 / 2016, S. 1296
Art. 9 Abs. 2, i)	26.09.2016	30.09.2016	eingefügt	1316 / 2016, S. 1296
Art. 10	26.09.2016	30.09.2016	Titel geändert	1316 / 2016, S. 1296
Art. 10 Abs. 1	26.09.2016	30.09.2016	geändert	1316 / 2016, S. 1296
Art. 10 Abs. 2	26.09.2016	30.09.2016	geändert	1316 / 2016, S. 1296
Art. 11 Abs. 4	26.09.2016	30.09.2016	geändert	1316 / 2016, S. 1296
Art. 17 Abs. 1	26.09.2016	30.09.2016	geändert	1316 / 2016, S. 1296
Art. 17 Abs. 2	29.10.2002	01.01.2003	geändert	809 / 2002, S. 1223
Art. 17 Abs. 2	26.09.2016	30.09.2016	geändert	1316 / 2016, S. 1296
Art. 17 Abs. 3	29.10.2002	01.01.2003	geändert	809 / 2002, S. 1223